

## Prof. Dr. Hubertus Buchstein im Gespräch **„Der Terminus Extremismus hat jede analytische Unschuld verloren“**

*Mathias Brodkorb:* Herr Professor Buchstein, die Vertreter der Extremismustheorie berufen sich zur Grundlegung ihrer Theorie u. a. auf die Arbeiten Ernst Fraenkels. Ist das aus Ihrer Sicht berechtigt und – wenn ja – inwiefern?

*Prof. Dr. Hubertus Buchstein:* Es ist einerseits berechtigt, zugleich aber auch vereinfachend und aus meiner Sicht deshalb wenig hilfreich. Berechtigt ist sie deshalb, weil Fraenkel in seinen späten Schriften vom Ende der 1960er Jahre eine strenge Unterscheidung zwischen zwei Idealtypen politischer Herrschaftslegitimation vornimmt: der pluralistischen Demokratie und der totalitären Diktatur. Diese Unterscheidung ist allerdings sehr holzschnittartig. Berechtigt ist der positive Bezug auf Fraenkel sicher auch deshalb, weil Fraenkel in seinen letzten Lebensjahren in den politischen Aktivitäten eines Teils der damaligen Studentenbewegung eine Art Wiedergeburt des demokratiefeindlichen Verhaltens der SA sah und diese Einschätzung auch mehrfach öffentlich bekundete.

Vereinfachend ist der Bezug auf Fraenkel von Seiten der heutigen Extremismusforschung allerdings aus drei Gründen. Zum Ersten hat Fraenkel in seinen theoretischen Schriften keinen systematischen Gebrauch vom Extremismusbegriff gemacht. Zum Zweiten hat Fraenkel keine eigenen empirischen Analysen von als „totalitär“ bezeichneten Regimen durchgeführt und auch keine empirischen Analysen von als „extremistisch“ verschrienen politischen Bewegungen unternommen. Und schließlich möchte ich drittens in Erinnerung rufen, dass Fraenkel 1938 eine Analyse des damaligen NS-Systems vorgelegt hat (in dem Buch „The Dual-State“, auf deutsch erstmals 1974 erschienen unter dem Titel „Der Doppelstaat“), die Faschismusforscher bis heute inspiriert und die ohne das Vokabular der Extremismustheorie auskommt.

**Brodkorb:** Nun berufen sich doch aber die Extremismustheoretiker in ihren Arbeiten gar nicht auf Fraenkel, um dadurch die Rede vom „Extremismus“ oder „Totalitarismus“ zu rechtfertigen, sondern um dafür zu plädieren, die Politikwissenschaft als normativ orientierte „Demokratiwissenschaft“ zu betreiben. Es geht um die These, dass ohne normative Demokratietheorie, also ohne „ein Minimum abstrakter regulativer Ideen generellen Charakters“ (Fraenkel), die Rechtsextremismusforschung nicht einmal ihren Gegenstand bestimmen kann.

**Buchstein:** Nun, wenn man die Frage so sehr ins Allgemeine ausweitet, wie Sie es gerade tun, dann ist die Bezugnahme auf Fraenkel sicher nicht falsch. Wenn ich recht sehe, kann man analytisch zwischen drei Ebenen unterscheiden.

Die erste Ebene ist eine funktionale Ebene. Danach ist es ein logisches Erfordernis, dass ohne „ein Minimum abstrakter regulativer Ideen generellen Charakters“ (Fraenkel) die Rechtsextremismusforschung nicht einmal ihren Gegenstand bestimmen kann. Alles andere wäre ja auch wirklich überraschend.

Die zweite Ebene ist die inhaltliche Ebene: Was genau gehört in diesen „nicht-kontroversen Sektor“ hinein? Worin besteht das „Minimum abstrakter regulativer Ideen generellen Charakters“ (Fraenkel)? Fraenkels Antwort: Im Kern sind es Menschenrechte, politische Partizipationsrechte und Sozialstaatlichkeit. Sehr trennscharf ist Fraenkel in seinen diesbezüglichen Überlegungen aber nicht, er bleibt an diesen Punkten viel zu vage.

Und schließlich gibt es eine dritte Ebene: die Ebene der Begründung dieser Inhalte. Wie begründen wir die Menschenrechte? Wie lassen sich politische Beteiligungsrechte begründen? Fraenkel greift an dieser Stelle auf das Naturrecht zurück, das heißt, er geht davon aus, dass die Inhalte des nicht-kontroversen Sektors sich letztlich aus natürlichen Rechten, die allen Menschen von Geburt an zustehen, ableiten lassen. Ich halte eine solche Begründungsstrategie für wenig überzeugend und auch Fraenkel räumte mehrfach in Briefen gegenüber Kollegen ein, dass dieser Teil seiner Demokratietheorie nicht gerade der stärkste sei.

**Brodkorb:** Was halten Sie persönlich von Fraenkels Plädoyer für eine normativ orientierte Politikwissenschaft?

*Buchstein:* Auch ich vertrete die These, dass die normative Dimension im Fach der Politikwissenschaft unabdingbar ist. Allerdings trägt sie genau deshalb auch dafür Verantwortung, dass nicht mit leichtgängigen begrifflichen Formeln politischer Missbrauch getrieben wird. Der Terminus Extremismus hat jede analytische Unschuld verloren und ist zu einem Kampfbegriff in den Händen derer geworden, die die diskursive Kompetenz haben, die jeweils anderen als Extremisten zu brandmarken. Die Politikwissenschaft sollte vom Scheitern der Totalitarismustheorie aus den 1960er und 1970er Jahren lernen und bezüglich des Extremismusbegriffs nicht in den gleichen Fehler verfallen. Man kann sich durchaus mit entschiedenen Gegnern der modernen Demokratie vehement kritisch auseinandersetzen, ohne dafür gleich ein verallgemeinerndes Label zu suchen. Mich interessieren daher mehr analytische Folgefragen des Extremismuskonzepts: Inwieweit ist der „Extremismus“-Begriff geeignet, die Vielfalt der abweichenden Positionen von „der Demokratie“ sinnvoll zu überschreiben?

*Brodkorb:* Natürlich kann der Begriff des Extremismus politisch instrumentalisiert werden, so wie wirklich alles auf diesem Planeten instrumentalisiert werden kann. Ich verstehe daher nicht, warum Sie es für problematisch halten, alle antidemokratischen Erscheinungen unter ein „verallgemeinerndes Label“ zu stellen. Wenn man als Wissenschaftler bzw. Extremismusforscher seinen Erkenntnisgegenstand bestimmen will, muss man zwangsläufig in den Abstraktionsebenen von oben nach unten absteigen. Aus erkenntnislogischen Gründen muss zunächst der fundamentale Unterschied zwischen Demokraten und Anti-Demokraten festgehalten werden, bevor die Anti-Demokraten dann einer Feinanalyse zugänglich gemacht werden können. Man muss die Herren Backes und Jesse ja nicht mögen und auch nicht mit ihren Forschungsergebnissen übereinstimmen. Aber was mich als Nicht-Politikwissenschaftler so frappiert: Die Debatte um die Extremismustheorie scheint doch selbst innerhalb der Politikwissenschaft sehr ideologisch zu verlaufen, eben sehr wenig an den „logischen Erfordernissen“ von Wissenschaft orientiert.

*Buchstein:* Es geht mir nicht um mögen oder nicht mögen – ich mag Herrn Jesse zum Beispiel sogar ausgesprochen gern, denn er

ist ein lebhafter, streitbarer und mir ausgesprochen sympathischer Zeitgenosse. Aber politische Begriffe haben einfach immer auch eine wertende Dimension, darüber kann auch der nüchterne Duktus Ihrer Unterscheidungsrhetorik nicht hinwegtäuschen. Die Verwendung von „Extremismus“ in der „Extremismustheorie“ hat von vornherein einen negativen Klang. Ich möchte aber vor allem bezweifeln, dass man, wenn man „als Wissenschaftler bzw. Extremismusforscher seinen Erkenntnisgegenstand bestimmen will, ... zwangsläufig in den Abstraktionsebenen von oben nach unten absteigen [muss]“. Das „muss“ man nur, wenn man von vornherein glaubt, dass die simple Einteilung der Welt in „Demokraten“ und „Extremisten“ der Vielfalt an politischen Vorstellungen, über die Menschen verfügen, ausreichend Rechnung trägt. Mein Argument ist ein gleichsam praktisch-hermeneutisches: Auf der Suche nach „dem fundamentalen Unterschied zwischen Demokraten und Anti-Demokraten“ werden wir mit Hilfe des Extremismuskonzepts zwar fündig, häufig aber auf Kosten eines angemessenen Verständnisses der analysierten Position und ihrer internen ideenpolitischen Dynamiken.

Mich interessiert eine andere, in der Praxis der Extremismusforschung wichtigere Frage viel mehr: Was muss eine (angeblich an Fraenkel geschulte) Extremismusforschung an Sahra Wagenknecht an Erwartungen adressieren, die es ihr erlauben würden, aus dem extremistischen Sektor den Rubikon in Richtung „Demokratie“ zu überschreiten? Wie „fundamental“ (Brodkorb) ist die Differenz? Und sind diese „fundamentalen“ Differenzen tatsächlich größer als ihre Differenzen zu den Neonazis oder Osama-Bin Laden (und zwar bezogen auf den Wertekanon der westlichen Demokratie)?

**Brodkorb:** Natürlich haben „politische Begriffe“ in ihrem Gebrauch eine „wertende Dimension“ oder können missbraucht werden (was gewiss nicht dasselbe ist), nur: Auf welche „politischen Begriffe“ trifft das denn nicht zu? Den Einwand, den Sie gegen die Extremismustheorie formulieren, müssten Sie dann auf sämtliche Begriffe und Theorien der Politikwissenschaft ebenfalls anwenden – also auch auf Ihre eigenen. Die Möglichkeit des Missbrauchs von Begriffen entbindet uns nicht von der Pflicht, das wissenschaftliche Feld hiergegen zu verteidigen. Denn wenn

nicht einmal die Möglichkeit zur objektiven Wahrheit bestünde, gäbe es auch keinen benennbaren Unterschied mehr zwischen bloßen unbegründeten Meinungen am Stammtisch und der Wissenschaft. Objektivität ist also die transzendente Bedingung der Möglichkeit von Wissenschaft überhaupt.

Und natürlich hat der Begriff des Extremisten einen negativen Klang. Wie sollte er das auch nicht? Wenn sich Politikwissenschaft normativ als „Demokratiewissenschaft“ versteht – und dies ist gewiss positiv gemeint –, dann muss das Gegenteil hiervon, also die offensive Gegnerschaft zur Demokratie, zwangsläufig einen negativen Klang haben. Diese Konsequenzen zu kritisieren ginge widerspruchsfrei nur dann, wenn man zugleich das Konzept der Politikwissenschaft als normativ gebundener Demokratiewissenschaft verwerfen würde.

**Buchstein:** Das sehe ich in der Tat etwas anders als Sie, und zwar aus durchaus pragmatischen Gründen. Bei Begriffen, die so negativ eingefärbt sind wie der Extremismusbegriff, rate ich deshalb zur Vorsicht, weil ihre missbräuchliche Verwendung nicht einfach nur eine Art Schaden ist, weil X oder Y sie „falsch“ anwenden, sondern weil er aufgrund dieser Einfärbung systematisch und immer wieder neu dazu einlädt, in denunziatorischer Absicht verwendet zu werden. Das mag im politischen Alltagsgeschäft und im administrativen Umgang mit bestimmten politischen Akteuren sogar seinen guten Sinn haben; ich würde meine Zeit aber nicht damit verbrauchen wollen, einen Begriff, der zunächst nur eine räumliche Distanz zum Ausdruck bringt, inhaltlich so zu füllen, dass er als konsistenter negativer Gegenbegriff zum Konzept der westlichen Demokratie dienen kann.

**Brodkorb:** Wir scheinen doch immerhin darin einig zu sein, dass a) ein gewisser Begriff des Extremismus (als „Abfallprodukt“ eines normativen Konzeptes von Demokratie) ein „logisches Erfordernis“ der Rechtsextremismusanalyse darstellt, b) mit diesem Begriff „politischer Missbrauch“ betrieben werden kann und dies c) gerade dadurch erleichtert wird, dass er doch notwendig sehr allgemein und abstrakt ausfallen muss?

**Buchstein:** Nein, wir haben keinen Konsens. Den hätten wir nur, wenn ich mich explizit als Extremismusforscher verstehen

würde. Das ist aber nicht der Fall. Einen Dissens haben wir aber auch deshalb, weil Ihr „logisches Erfordernis“ einen Schritt zuvor zunächst auch eine andere Schlussfolgerung zulässt. Wenn „D“ für Demokratie steht, dann sind die logischen Gegenteilmöglichkeiten mindestens zwei: D ungleich E (für Extremismus) oder D ungleich alles andere, was nicht D ist (womit nicht gesagt ist, dass es E überhaupt gibt).

**Brodkorb:** Ihre These lautet also, dass aus der Tatsache, dass jemand die Demokratie ablehnt, noch lange nicht folgt, dass es so etwas wie Extremismus überhaupt gibt und Personen, die die Demokratie ablehnen, unter den entsprechenden Begriff fallen? Es gäbe also zwingend D und Nicht-D, aber deshalb noch nicht zwangsläufig E. Richtig?

**Buchstein:** Sie haben mich richtig verstanden: Es bedarf eines zusätzlichen gedanklichen Schrittes, um alle (oder nur einen Teil von) Nicht-D zu E zu erklären.

**Brodkorb:** Die These von der Umfangsgleichheit von Nicht-D und E in der Extremismus-Theorie kann man bereits dem ersten grundlegenden Aufsatz „Demokratie und Extremismus. Anmerkungen zu einem antithetischen Begriffspaar“ von Backes und Jesse aus dem Jahre 1983 entnehmen. Beide stellen also schon damals die Definition auf: Wir bezeichnen jeden, der die Grundwerte des demokratischen Verfassungsstaates (nicht eines konkreten, sondern des demokratischen Verfassungsstaates als theoretisches Modell) ablehnt, als Extremisten. Sie könnten in der Extremismustheorie also jederzeit das Wort „Extremismus“ streichen und von „Demokratiegegnerschaft“ sprechen. Nicht-D und E sind bei Backes und Jesse völlig umfangsgleich und zwar definitionsgemäß – womit dann auch „ein gewisser Begriff des Extremismus ein ‚logisches Erfordernis‘ der Rechtsextremismusanalyse darstellt“. Mir scheint auch, dass es da nichts Drittes gibt: Entweder man teilt die Grundwerte der Demokratie oder eben nicht.

**Buchstein:** Auch auf die Gefahr hin, mich zu wiederholen: Das Extremismuskonzept produziert sozialwissenschaftliche Artefakte. Dagegen setzen Sie, lieber Herr Bordkorb, in aller Unschuld auf eine Art „Reinheitsgebot“, wonach man bei einer sehr diffe-

renzierten Anwendung des Konzeptes eigentlich keinen Fehler machen muss. Und dann fahren Sie fort: „Mir scheint auch, dass es da nichts Drittes gibt: Entweder man teilt die Grundwerte der Demokratie oder eben nicht.“

Tertium non datur? Bislang dachte ich, die Extremismustheorie will sich den erklärten Feinden der Demokratie widmen und wetzt dafür das begriffliche Schwert. Nun auf einmal ist jeder ein E, nur weil er oder sie nicht genügend D ist. Na hurra! Auf zur Jagd! Mir graust ehrlich gesprochen ein bisschen vor dem heiligen Eifer, mit dem Sie Ihren Demokratie-TÜV nach der Logik „Alle Nicht-D = E“ durchführen wollen.

Ein letzter Punkt noch: Was ist eigentlich aus Fraenkel in unserer Debatte geworden?

**Brodkorb:** Sehen Sie, das ist doch paradox: Sie befürchten, man könnte mit der Extremismustheorie zur „Jagd“ auf alles Mögliche blasen (und man könnte das sicher auch). In der Realität begegnet [www.endstation-rechts.de](http://www.endstation-rechts.de) aber das Gegenteil: Wir werden von Kritikern der Extremismustheorie gerade dafür kritisiert, dass wir zu wenig auf „Jagd“ gehen würden – im Unterschied übrigens zu diesen Kritikern selbst. Offenbar kommt es eben eher auf das passende Jagdopfer an.

Ich denke, dass ein Teil unserer Differenzen auf einem schlichten Missverständnis beruht, das mir für die Debatte um die Extremismustheorie allerdings symptomatisch zu sein scheint. Ständig werden dabei Ebenenunterschiede ignoriert, zum Beispiel der zwischen der begrifflich-theoretischen Ebene auf der einen und der Ebene der empirischen Phänomene auf der anderen Seite. Ich bewegte mich die ganze Zeit auf der ersten Ebene, auf der auch der normative Demokratiebegriff angesiedelt ist, und damit mit dem Extremismusbegriff ex negativo im Umfeld von Fraenkel. Zentrale Ihrer Argumente bewegen sich hingegen auf der empirischen Ebene der Phänomene. Wenn ich also sage, dass es auf der rein begrifflichen, theoretischen und logischen Ebene nun einmal nichts anders geben kann als D oder Nicht-D, habe ich damit keinesfalls behauptet (oder jedenfalls behaupten wollen), dass reale Menschen entweder nur Demokraten oder Extremisten sein können. Was wäre das doch für eine fabelhafte Welt, wenn es

so einfach wäre! Dann könnten wir uns ja diese ganzen Debatten über die Neue Rechte und Sahra Wagenknecht sparen.

Apropos Wagenknecht. Ihre konkrete Frage fand ich sehr spannend. Ich möchte aber nicht von Frau Wagenknecht sprechen, sondern idealtypisch entpersonalisieren: Steht eine hartgesottene, gewaltbereite Linksextremistin eigentlich einem Neonazi oder einem militanten Taliban näher als einem Demokraten? Auf einer fundamentalen Ebene muss ich da klar sagen: Ja, was allerdings nichts daran ändert, dass sie mir immer noch um Längen näher steht als jeder Neonazi. Stellen wir uns einfach einmal eine hass-erfüllte, gewaltbereite junge Frau vor, die – wie in Rostock zu den G8-Protesten geschehen – schreiend und voller Aggression mit einer Gruppe weiterer Gewalttäter auf einen Polizeiwagen zuläuft und mit voller Wucht Pflastersteine auf die in dem Wagen sitzenden Polizisten wirft, um sie schwer zu verletzen. Und stellen wir uns einen ebenso hassgefüllten Rechtsextremisten vor, der einen Ausländer mit aller Brutalität zusammenschlägt. In der Tat: Zwischen diesen beiden Zeitgenossen sehe ich deutlich größere Übereinstimmungen als zwischen mir und einem der beiden.

*Buchstein:* Ihre Antwort ist vor dem doch sehr abstrakten Hintergrund unserer Debatte ausgesprochen interessant: Denn Sie wollen „nicht von Frau Wagenknecht sprechen, sondern idealtypisch entpersonalisieren.“ Das genau ist ein Teil des Problems der Extremismustheorie. Die geschilderte „hassgefüllte, gewaltbereite junge Dame“ – hilft uns der Terminus „Extremismus“ beim Verständnis, in der politischen Auseinandersetzung und im administrativ-politischen Umgang mit ihr auch nur einen Deut weiter? Das möchte ich bezweifeln. Vielleicht ist sie überzeugte Anhängerin einer radikalen globalen Demokratie mit sozialen Gleichheitsansprüchen und ökologischen Ambitionen – trägt im Kern also die Werte der westlichen Demokratie (anders als der Globalisierungsgegner aus den Reihen der NPD). Bezüglich der Mittel der politischen Auseinandersetzung differiert „die Dame“ allerdings mit Ihnen und mir. Dass man ein gewalttätiges Verhalten nicht toleriert, sondern unterbindet, ist ebenfalls klar – aber auch dafür benötigt man nicht das Wort „Extremistin“, sondern den Bezug auf die Gesetzesordnung einer liberalen Demokratie.

*Brodkorb:* Ich weigere mich genau deshalb, konkret über die Person Wagenknecht zu urteilen, weil ich den Extremismusansatz eben nicht als politisches Kampfinstrument in Stellung bringen will. Ich tue also genau das, was Sie gefordert haben, nämlich mit „Vorsicht“ an die Sache heranzugehen. Ich kenne Frau Wagenknecht nicht gut genug, um sie wirklich beurteilen zu können, daher meine Zurückhaltung. Und ja, das von mir entpersonalisierte Beispiel kann uns dennoch weiterhelfen. Es führt uns schlagartig vor Augen, worum es in einer pluralistischen Demokratie eigentlich gehen müsste: Nicht darum, ob jemand wie man selbst „links“ oder „rechts“, sozialistisch, grün oder konservativ, sondern ob man Demokrat ist oder nicht. Und genau Letzteres wäre unsere Demonstrantin mit dem Stein nicht – jedenfalls im konkreten Akt des Handelns selbst. Indem jemand einem Polizisten einen Stein an den Kopf schmettert, berührt er oder sie die Menschenwürde des möglichen Opfers sowie das Gleichheitspostulat. Mit der Menschenwürde attackiert diese Person zugleich das Wertefundament der Demokratie. Es handelt sich also mitnichten nur um einen Streit über verschiedene politische Mittel. Sie selbst führten weiter oben aus, dass Fraenkel eben die Menschenrechte, die letztlich alle in der Menschenwürde wurzeln, zum Kern derjenigen regulativen Ideen zählte, die die Politikwissenschaft als normative Demokratiewissenschaft ebenso begründen wie die demokratische Gesellschaft – und genau hier schließt sich der argumentative Kreis.

Aber ich möchte eine weitere Einschränkung machen: Da es auf der Ebene der tatsächlichen Phänomene mehr als nur D und Nicht-D gibt, also auch Menschen, die in gewisser Hinsicht beides zugleich vertreten, wäre bei der angesprochenen militanten Dame am Ende kaum zu entscheiden, ob Sie nur eine aktuelle oder eine habituelle Linksextremistin ist, ob es sich bei der Handlung also nur um eine Art „Ausrutscher“ handelt oder sie tatsächlich Ausdruck einer charakterlichen Verfestigung ist. Das bekäme man allein mit Mitteln der Extremismustheorie aber gar nicht heraus. Dazu wäre eher eine qualitative psychoanalytische Persönlichkeitsstudie erforderlich. Eine psychoanalytische Reformulierung der Extremismustheorie auf der Ebene eines Charaktertypus würde zu einer zwar auf den ersten Blick kuriosen, aber vielleicht fruchtbaren Wiederaufnahme von Platons Theorie des tyrannischen

und Adornos Theorie des autoritären Charakters führen können: Wie muss eigentlich ein Charakter beschaffen sein, der auf der individuellen Ebene die „Minimalbedingungen demokratischer Verfassungsstaaten“ repräsentiert? Diese Spiegelung der Prinzipien einer Staatsverfassung in jedem Einzelnen und umgekehrt scheint mir eine äußerst spannende Fragestellung zu sein.

Unsere Meinungen bzw. Positionen wechseln wir alle – und meist aus guten Gründen – fast so schnell wie unsere Unterhemden, unseren Charakter hingegen nicht. Er ist so etwas wie eine inkorporierte Institution, eine unglaublich stabile Konfiguration, die völlig unterschiedliche politische Positionen in sich aufnehmen kann. Diese Stabilität könnte erklären, wie so etwas wie Mussolini etc. überhaupt möglich ist, wie es sein kann, dass man sein Denken im Laufe der Zeit völlig gegen das wendet, was man selbst einmal gedacht hat. Der Grund ist dann ganz einfach: Der Wandel vollzog sich eben nur auf der Oberfläche, in Wahrheit blieben sich Leute wie Mussolini dabei treuer, als einem auf den ersten Blick bewusst sein mag. Sie sehen, für mich bestehen da weitaus mehr Fragen als Antworten.

**Buchstein:** Ihren letzten Punkt finde ich ausgesprochen spannend und stimme Ihnen ausnahmsweise vollständig dabei zu: Ich bin wie Sie davon überzeugt, dass es tatsächlich so etwas wie eine demokratische Entsprechung für den tyrannischen oder autoritären Charaktertypus gibt. Zum Habitus des demokratischen Menschen würde ich demgegenüber unabhängig vom Bildungsgrad zählen: Empathie und Humor (denn sie erleichtern Perspektivverschränkungen), Ironie und Geduld (denn sie erleichtern eine Relativierung der eigenen Anschauungen) und eine gehörige Portion Skepsis und Neugierde (denn sie erleichtern Lernprozesse). Dies sind Eigenschaften, deren Förderung meines Erachtens in einem ganz weiten Sinne eigentlich auch zur politischen Bildung gehören; zugleich sind dies Eigenschaften, die man nur schwerlich gezielt fördern kann, sondern deren Ausprägung häufig Nebenfolgen ganz anderer Handlungsketten sind. Mit diesem Thema müsste man sich eigentlich systematisch ausführlicher beschäftigen.

**Brodkorb:** Lieber Herr Buchstein, vielen Dank für dieses Gespräch.